

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

16. - 22. Mai 2026

Der Präsidentschaftskandidat Édouard Philippe, ehemaliger Premierminister unter Emmanuel Macron, hat in einem Interview mit der Zeitung *Le Parisien* einen Plan zur Bekämpfung des Drogenhandels vorgestellt. Dieser umfasst die Ausrufung eines „Drogen-Notstands“, eine Idee, die er bereits im Dezember 2025 ins Spiel gebracht hatte. Dieses Notstandsregime soll Maßnahmen ermöglichen, die unter normalen Umständen nicht zulässig sind, dabei aber rechtsstaatlich kontrolliert bleiben. In bestimmten Gebieten, wie Stadtvierteln, Häfen oder Flughäfen, könnten so unter richterlicher Aufsicht administrative Durchsuchungen durchgeführt, Vermögen beschlagnahmt und sogar die Gesichtserkennung eingesetzt werden; militärische Interventionen werden hingegen abgelehnt. Zudem schlägt Philippe die Einführung einer Art „finanzieller S-Karte“ (S-Karten werden in Frankreich bereits zur Kartierung von Drogenhandelsnetzen benutzt) vor: ein spezielles Bankprofil für Personen, die wegen Drogenhandels angeklagt oder verurteilt sind. Er fordert eine Verschärfung der Strafen auf allen Ebenen – vom Konsum bis zum Handel –, Aktionen wie „Place nette“ (Einsätze der Strafverfolgungsbehörden in Frankreich, insbesondere im Rahmen der Bekämpfung des Drogenhandels und der damit verbundenen Gewalt) in Clubs und auf Festivals, verbesserte Flughafen-Kontrollen, systematische Meldungen von Beamten mit Drogenkonsum und eine europäische Schwarze Liste nicht kooperierender Länder. Er lobte Initiativen von Bruno Retailleau und Gérald Darmanin im Bereich der Drogenbekämpfung und äußerte sich gelassen zur gegen ihn laufenden Untersuchung der Finanzstaatsanwaltschaft (PNF) wegen angeblicher Veruntreuung öffentlicher Mittel.

Bruno Retailleau, Vorsitzender der Partei Les Républicains und deren Präsidentschaftskandidat, hat seinen ersten Auslandsbesuch in Polen und in der Ukraine absolviert. Ziel der Reise war es, seine Solidarität mit der Ukraine zu bekunden. Einige führende LR-Abgeordnete, die ihn ursprünglich begleiten sollten, waren aufgrund anderer Verpflichtungen verhindert. Stattdessen reiste der frühere Direktor des militärischen Nachrichtendienstes und heutige Europaabgeordnete Christophe Gomart (LR, EVP) mit. Dieser erregte kürzlich Aufmerksamkeit, als er bei der Bürgermeisterwahl in Nizza den ehemaligen Vorsitzenden von LR und heutigen UDR-Vorsitzenden Eric Ciotti unterstützte, der sich dem Rassemblement National angeschlossen hat. Bruno Retailleau hatte weder Ciotti noch Christian Estrosi, den ehemaligen Bürgermeister und heutigen Parteikollegen von Edouard Philippe, unterstützt. In aktuellen Umfragen zur Präsidentschaftswahl liegt Retailleau momentan bei etwa 10 %. Sein Ziel ist es, bis zum Winter einen Umfragewert von bis zu 12 % zu erreichen. Sein erster wichtiger Wahlkampfauftritt ist für den 20. Juni geplant, bei welchem Retailleau erste programmatische Schwerpunkte präsentieren wird.

Gabriel Attal wird voraussichtlich am heutigen Freitag, dem 22. Mai, während eines Besuchs im Département Aveyron seine Kandidatur für die französische Präsidentschaftswahl offiziell bekannt geben. Am Samstag reist er weiter in die Region Aubrac. Gabriel Attal, Abgeordneter der Hauts-de-Seine und ehemaliger Premierminister unter Emmanuel Macron, organisierte in den vergangenen Wochen eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Titel „Nuits de la Nouvelle République“ (zu Deutsch: „Nächte der Neuen Republik“), unter anderem in Paris, Lyon, Bordeaux und Straßburg. Innerhalb seiner Partei Renaissance hat er weitgehend freie Hand, da seine Hauptgegnerin Élisabeth Borne sich zurückgezogen hat. Am 12. Mai verabschiedete der Nationalrat der Partei einen Antrag, der Attal als Kandidaten empfiehlt. Für den 30. Mai ist ein großer Wahlkampfauftritt in Paris geplant. Einige führende Mitglieder der Partei, darunter die Präsidentin der Nationalversammlung, Yaël Braun-Pivet, haben jedoch angekündigt, nicht daran teilzunehmen. Attal und Édouard Philippe gelten als die beiden Hauptkandidaten des politischen Mitte-Blocks. Beide haben jedoch angekündigt, sich Anfang 2027 zurückzuziehen, sollte einer von ihnen deutlich besser positioniert sein.

RN-Parteichef Jordan Bardella hat ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen seine Haltung gegenüber Deutschland – zumindest öffentlich – gemildert. Zuvor war diese stark von der Kritik an einer deutschen Dominanz im europäischen Kontext geprägt. Bei einer Pressekonferenz im EU-Parlament sprach er nun von „ideologischen Gemeinsamkeiten“ mit Merz, insbesondere in der Migrations- und Grenzpolitik. In der Vergangenheit warfen das Rassemblement National und insbesondere Marine Le Pen Deutschland regelmäßig vor, Frankreich innerhalb der EU politisch und wirtschaftlich zu bevormunden.

Am heutigen Freitag, dem 22. Mai, wird Präsident Emmanuel Macron die Vergabe neuer Kredite in Höhe von 1,5 Milliarden Euro über das Programm „France 2030“ für die Quanten- und Halbleiterindustrie bekannt geben und zugleich zur europäischen Zusammenarbeit aufrufen. Eine Milliarde Euro entfällt dabei auf die Quantenforschung, 550 Millionen Euro auf Halbleiterprojekte. Die Mittel für die Quantenindustrie sollen die bestehende Forschung stärken und die Kapazitäten von Start-ups wie Pasqal, Quandela, Alice & Bob, Quobly und C12 ausbauen. Ziel ist es, Anwendungsfelder wie Sensorik,

Quantenkommunikation und öffentliche Aufträge, insbesondere im Verteidigungsbereich, zu fördern. Der genaue Umfang hängt von Beiträgen anderer europäischer Staaten und Entscheidungen der EU-Kommission ab. Zudem plant Frankreich, im Juli eine neue Elektronikstrategie bis 2035 vorzustellen. Die Regierung erwartet, dass private Investoren die staatlichen Mittel ergänzen. Jeder investierte öffentliche Euro soll drei bis vier Euro an privatem Engagement auslösen. Gleichzeitig betont Macron die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit und möchte eine Koalition europäischer Forschungseinrichtungen für eine gemeinsame Strategie bilden. Zu dieser Strategie sollen auch gemeinsame öffentliche Beschaffungen von Quantencomputern gehören.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Taubira-Gesetzes von 2001, mit dem Sklaverei und Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt wurden, fand eine Zeremonie im Élysée-Palast statt. Unter den Gästen befanden sich Christiane Taubira, die das Gesetz initiiert hatte, sowie der Generaldirektor der UNESCO, Khaled El-Enany. Präsident Emmanuel Macron hob die seit 2001 erzielten Fortschritte hervor. Dazu zählen die Einführung des 10. Mai als nationaler Gedenktag, die Förderung wissenschaftlicher Forschung, die Errichtung von Gedenkstätten sowie die Integration des Themas Sklaverei in den Schulunterricht. Zugleich eröffnete Macron erstmals ausdrücklich die Debatte über mögliche „Reparationen“ für die Verbrechen der transatlantischen Sklaverei – nicht nur im materiellen Sinne, sondern auch als Form historischer Anerkennung und gemeinsamer Erinnerungsarbeit. Macron kritisierte die fortbestehende formale Existenz des „Code noir“ von 1685, der die Sklaverei in den französischen Kolonien regelte, und kündigte seine Unterstützung für eine parlamentarische Initiative zu dessen formeller Abschaffung an. Diese Zeremonie erhielt vor dem Hintergrund, dass die Stadt Vierzon (Cher) unter Führung des Rassemblement National die offizielle Gedenkfeier am 10. Mai abgesagt hatte, eine umso größere Bedeutung. Zur Begründung erklärte die Stadt, es handele sich um ein „historisches Ereignis ohne Bezug zur Gegenwart“, und verwies auf das aus ihrer Sicht geringe öffentliche Interesse an diesem Gedenktag.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Donald Trump wird am G7-Gipfel teilnehmen, der vom 15. bis 17. Juni 2026 in Évian-les-Bains in den französischen Alpen stattfindet. Dies bestätigte das Weiße Haus nach mehreren Wochen diplomatischer Bemühungen von Emmanuel Macron, der sich nach Berichten aktiv für Trumps Teilnahme eingesetzt hatte. Der G7-Gipfel wurde sogar eigens um einen Tag verschoben, um eine Terminkollision mit Donald Trumps 80. Geburtstag zu vermeiden. Im Anschluss an den Gipfel soll Trump zudem zu einem exklusiven Abendessen im Schloss Versailles eingeladen werden. Das diesjährige Treffen findet in einem angespannten internationalen Umfeld statt: Zwischen Donald Trump und mehreren seiner G7-Partner bestehen erhebliche Spannungen, insbesondere aufgrund handelspolitischer Konflikte sowie unterschiedlicher Positionen in internationalen Krisen, darunter im Umgang mit dem Krieg im Iran und Fragen der Sicherheit im Persischen Golf. Der Gipfel soll sich vor allem auf geoökonomische Fragen konzentrieren. Neben den G7-Staaten nehmen auch Vertreter der Europäischen Union sowie eingeladene Partnerländer wie Kenia, Brasilien, Indien und Südkorea teil.

DIE ZAHL DER WOCHE

| | | |
|---|---|---|
| 3 | 4 | 7 |
| 0 | 8 | 5 |
| 5 | 2 | 6 |
| 7 | 3 | 1 |
| 4 | 9 | 2 |
| 8 | 0 | 1 |
| 2 | 0 | 1 |

84

Die Pariser Staatsanwaltschaft ermittelt wegen mutmaßlicher sexueller Gewalt im schulischen Betreuungsbereich gegen Vorfälle in **84 Vorschulen, rund 20 Grundschulen und etwa zehn Kindertagesstätten**. Der Skandal weitete sich zuletzt weiter aus: Im Zusammenhang mit einem öffentlichen Kindergarten im Zentrum von Paris wurden 16 Personen in Polizeigewahrsam genommen; ihnen werden unter anderem Vergewaltigung, sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Minderjährige vorgeworfen. Bisher wurden drei gerichtliche Ermittlungsverfahren eröffnet, in fünf Fällen kam es zu Vorladungen vor das Strafgericht; ein Betreuer befindet sich in Untersuchungshaft. Seit Anfang 2026 wurden 78 Beschäftigte der Stadt Paris suspendiert, darunter 31 wegen des Verdachts sexueller Gewalt. Der neue Pariser Bürgermeister Emmanuel Grégoire (PS) sprach angesichts dieser Zahlen von einem möglichen systemischen Problem. Als Reaktion kündigte die Stadt Mitte April einen Aktionsplan im Umfang von 20 Millionen Euro für den außerschulischen Betreuungsbereich an. Vorgesehen sind unter anderem vereinfachte Meldewege, eine stärkere Einbindung und Information der Familien sowie Maßnahmen zur Professionalisierung eines Sektors, in dem viele der rund 14.000 Betreuerinnen und Betreuer in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.